

Liestal, 9. August 04

Postulat betreffend Migranten- und Migrantinnenparlament

Aus Anlass seines 200-Jahre-Jubiläums veranstaltete der Kanton Aargau am 22. November 2003 ein eintägiges Migranten- und Migrantinnenparlament, ein Projekt des Vereins „Migrantinnen Raum Aargau“. Unter dem Titel „Politische Beteiligung von Migrantinnen und Migranten“ und unter der Leitung von Grossratspräsidentin Barbara Roth, SP, votierten 12 Frauen und 12 Männer unterschiedlicher Herkunft und Kulturen zu den Themen Religion, Schule/Bildung, Integration, Wirtschaft, Arbeitsmigration, Einbürgerung und Ausländergesetz. Dieser symbolische Tag für Migrantinnen und Migranten erreichte gesamtschweizerische Aufmerksamkeit und ein durchwegs positives Medienecho.

Ein Viertel der Liestaler Bevölkerung stammt aus anderen Ländern und Kulturen. Unsere eingewanderten Mitbewohnerinnen und Mitbewohner nehmen am Wirtschafts- und Sozialleben unserer Stadt aktiv teil, zahlen Steuern an die Gemeinde-, Kantons- und Bundeskasse sowie Beiträge an die Sozialversicherungen. Unsere jahrelang steuerzahlenden Migrantinnen und Migranten dürfen aber nie mitbestimmen, zu welchem Zweck die Steuergelder verwendet werden. Beteiligung an einer demokratischen Gesellschaft beinhaltet die Übernahme von Verantwortung und Pflichten sowie die Anteilnahme an der Entwicklung des Gemeinwesens. Unsere Migrantinnen und Migranten verfügen aber über kein Mitstimm- oder Mitspracherecht und sind somit von der Beteiligung am öffentlichen Leben und der politischen Entwicklung ausgeschlossen.

Die SP-Fraktion ist der Meinung, dass politische Partizipation ein unabdingbarer Bestandteil einer wirklichen Integration ist. Um näher an dieses Ziel zu kommen, braucht es viele Schritte. Ein möglicher kleiner Schritt für Liestal ist, unseren Migrantinnen und Migranten eine Plattform zu bieten, wo sie ihre politischen Ansichten in einem offiziellen und öffentlichen Rahmen einmal äussern können.

Der Stadtrat wird deshalb eingeladen, die Durchführung eines Migrantinnen- und Migrantenparlaments zu prüfen und dem Einwohnerrat zu berichten.

Orla Oeri-Devereux